

## Doppelt hält besser

**Immer mehr junge Menschen beginnen ein duales Studium. Ganz klar: Die Azubi-Studis sind ein wichtiges Thema für die DGB-Jugend.**

Jens-Uwe konnte sich nach der Schule nicht entscheiden: Studium oder Beruf, was ist besser? Dann hat's »Klick« gemacht: Warum nicht gleich beides? Geht doch!

Bei einem Verlag beginnt er eine Ausbildung zum Medienkaufmann. Gleichzeitig nimmt er ein Wirtschaftsstudium an der Universität auf.

Das Zauberwort: duales Studium. Wie Jens-Uwe sind schon über 50.000 junge Menschen in Deutschland auf den Geschmack gekommen. Etwa 30.000 Unternehmen bilden derzeit dual aus – in fast 800 Modellen. Tendenz: rasant steigend.

**Kein Wunder:** Die Firmen erhalten AkademikerInnen mit hohem Praxisbezug. Und das duale Studium ist ein interessanter Ausbildungstypus, der oftmals drei Lernorte – Betrieb, Hoch- und Berufsschule – vereint. Deshalb läuft aber längst nicht alles rund: »Häufig fehlen Regelungen zur Höhe von Entgelten, zur Übernahme von Studien- und Verwaltungsgebühren«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Um die besonderen Problemlagen zu erörtern, hat die DGB-Jugend im Oktober 2011 erstmals einen Workshop zum Thema arrangiert. Leute aus Betrieben und den Gewerkschaften konnten sich hier gemeinsam austauschen.

Das Ziel: die gewerkschaftliche Ansprache von dual Studierenden weiterzuentwickeln. Die Gewerkschaften ver.di, IG BCE und IG Metall sind schon länger auf dem Gebiet aktiv – und haben zum Teil sogar schon entsprechende Tarifverträge abgeschlossen.

Es gibt aber auch durchaus branchenübergreifende Fragen: »Die Unternehmen suggerieren den Studierenden, sie seien die kommenden Führungskräfte im Unternehmen«, sagt Rudolf. In der Realität landen sie aber oft auf Arbeitsplätzen, die sonst reguläre Auszubildende nach ihrer Prüfung übernommen hätten.

Da muss an der gezielten Kontaktaufnahme durch Betriebsräte und JugendvertreterInnen wie auch BeraterInnen an den Unis gefeilt werden. Denn die fällt durchaus schwer – da die Azubi-Studis ganz verschiedene Interessenlagen in sich vereinigen.

**Deshalb gilt:** Doppelt hält besser. Die langjährigen Erfahrungen der Gewerkschaftsjugend mit ihrer Studierendenberatung »Students at work« müssen mit der betrieblichen Arbeit verknüpft werden. Relevante Themen sind zum Beispiel die Übernahme der Situation und die Qualität der Ausbildung.

Oder die mögliche Unterstützung beim Master: Die gewerkschaftliche Hans-Böckler-Stiftung hat hier schon reagiert – und will das duale Studium vermehrt in ihrer Studienförderung beachten. Und die Materialien der Gewerkschaften zur Mitbestimmung müssen ab sofort auch die besondere Situation der dual Studierenden berücksichtigen. Gesucht: das schlüssige Gesamtkonzept. Ein heißes Thema, wie sich zeigt: »Die Resonanz war riesig«, sagt Rudolf.

Und Jens-Uwe? Na klar, der ist jetzt in die Gewerkschaft eingetreten. Denn die hat ihm geholfen, als er für seine Lernmittel selbst bezahlen sollte. Beim nächsten Vernetzungstreffen der DGB-Jugend ist er dann auch dabei: als Jugendvertreter. ▀

Weitere Infos:  
[http://bit.ly/dgbj\\_duales-studium](http://bit.ly/dgbj_duales-studium)



## Ausgabe November 2011

### inhalt

#### 3 thema

DGB und Gewerkschaften: Die Studie zur »Bildungsrepublik«

#### 4 schule, ausbildung, studium + beruf

Hat weltweit Konjunktur: Jugendarbeitslosigkeit  
Ausbildung in McPomm – jetzt mit mehr Vergütung?

#### 5 jav-ratgeber

Die JAV und die interne Stellenausschreibung

#### 6 projekte

DGB-Jugend und Occupy-Bewegung  
Die DBJR-Vollversammlung

#### 7 bezirke + gewerkschaften

»Working Connexions« – das internationale Projekt der DGB-Jugend NRW

## Radioballett-Broschüre



Wie geht »Radioballett«? Eine Broschüre erklärt, wie man diese Protesttechnik der Gewerkschaftsjugend umsetzt.

Auf [www.wie-willst-du-leben.de/material.html](http://www.wie-willst-du-leben.de/material.html)

## Debattenstoff

Praktikum – da gibt's eine Menge Gesprächsbedarf. Arbeits- und Bildungsministerium führen eine Fachtagung zum Thema durch. Mit dabei: der DGB. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht! ▀



24. November 2011. »Dialog Praktikum«.

Umspannwerk, Ohlauer Str. 43, 10999 Berlin.

Infos und Anmeldung: E-Mail:

[dialog-praktikum@neueshandeln.de](mailto:dialog-praktikum@neueshandeln.de)



Im Gegensatz zu anderen macht die DGB-Jugend Ernst mit der Bildungsrepublik Deutschland: Ab sofort ist ihr neues Jugendbildungsprogramm, für das Jahr 2012, erhältlich.

Im Internet: [www.dgb-jugend.de/broschueren](http://www.dgb-jugend.de/broschueren) (Druckfassung) und [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

## Die Lücke bleibt

### Ausbildungsplatzsituation September 2011

Den 538.245 BewerberInnen standen zum 30. September 2011 468.899 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber – eine Verbesserung um 10,2%. Dennoch besteht nach wie vor eine Differenz: Diese betriebliche Lücke liegt aktuell bei 69.346 fehlenden betrieblichen Ausbildungsplätzen.

Auch werden 65.190 BewerberInnen in Maßnahmen als versorgt gezählt, obwohl sie immer noch einen Ausbildungsplatz suchen.

Fazit: Von Entspannung kann keine Rede sein.

[www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

## Ganz gute Quoten

**Abschlussprüfungen** Das hat aber gedauert: Seit einer Umstellung der Datenerhebung für die Berufsbildungsstatistik gibt's nun erstmals Zahlen, wie viele Auszubildende im ersten Anlauf die Abschlussprüfung bestehen. Die Auswertung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) für das Jahr 2009 zeigt: 91,2% der rund 477.700 jungen Männer und Frauen absolvierten ihre Abschlussprüfungen erfolgreich. Die Frauen schnitten etwas besser ab als die Männer.



Mit 97,8% war die Quote bei den 5.577 ElektronikerInnen für Betriebstechnik am höchsten. Die 12.441 angetretenen KöchInnen lagen mit fast 20% nicht bestandenen Erstprüfungen am anderen Ende der Skala.

[www.bibb.de/datenreport](http://www.bibb.de/datenreport)

## Stahlhart unbefristet

**IG Metall setzt Maßstäbe** Die IG Metall fordert eiserne 7% mehr Geld für die 75.000 StahlkocherInnen in NRW, Niedersachsen und Bremen. Für die Auszubildenden wollen die knallharten MetallerInnen die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung durchsetzen.

**Soli aktuell meint:** Es brodelte!

[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

## Achtung, DQR!

**Bildungsabschlüsse bewerten** Der DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** und der Handwerkspräsident **Otto Kentzler** haben gemeinsam einen Brief an die Kultusministerkonferenz (KMK) geschrieben. Die beiden mahnen an, eine abgeschlossene Ausbildung mit dem Abitur im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) gleichzustellen. Ansonsten drohe ein »massiver Attraktivitätsverlust« der dualen Ausbildung in Deutschland.

Bis zum Jahresende muss die KMK entscheiden, wie Bildungsabschlüsse in Deutschland bewertet werden sollen. Es zeichnet sich ab, dass die duale Ausbildung nicht auf der gleichen Stufe rangieren soll wie das Abitur.

[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

## Klientelgeschenk

**Kritik an Steuerplänen** Über die Erhöhung der steuerlichen Absetzbarkeit einer Erstausbildung von 4.000 auf 6.000 Euro, wie sie der Bundestag im Oktober 2011 beschlossen hat, freuen sich längst nicht alle. **Kai Gehring**, Sprecher für Bildungs- und Hochschulpolitik der Grünen-Bundestagsfraktion: »Von diesem Klientelgeschenk profitieren wenige wohlhabende Absolventen, die Privathochschulen mit extra hohen Studiengebühren besuchen haben.«

Diese Millionen würden nun den Ländern und Kommunen fehlen, um für die dringend notwendige Bildungsgerechtigkeit zu sorgen.

[www.gruene-jugend.de](http://www.gruene-jugend.de)

## Es gibt Kindergeld

**Bufris** Der Bundestag hat im Oktober 2011 beschlossen, dass für alle Jugendlichen unter 25 Jahren, die einen Bundesfreiwilligendienst (BuFdi) ableisten, rückwirkend und zukünftig Kindergeld gezahlt wird.

## Wirtschaftsverflechtungen

**Konzentration** Eine Studie der Hochschule Zürich kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich 147 Konzerne die Weltwirtschaft kontrollieren. Besonders Banken und Rentenfonds stehen mit ihrem Einfluss ganz weit vorne.

**Soli aktuell meint:** Viel Macht in den Händen weniger.

[http://bit.ly/147\\_Konzerne](http://bit.ly/147_Konzerne)

## Niedriglohn ist Mist

**Prekäre Daten** Geringqualifizierte erleiden seit 1990 Reallohnverluste, die sich ab 2005 nochmals beschleunigt haben. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ausgerechnet.

**Soli aktuell sagt:** Politik ist Umverteilung von oben nach unten.

[www.iab.de](http://www.iab.de)



E. Salgado

## Richtig besteuern

**Vorbild Spanien** Eine spezielle »Reichensteuer« will die sozialistische Regierung Spaniens vorübergehend wieder einführen. Wirtschaftsministerin **Elena Salgado** kündigte im Oktober 2011 an, die Steuer werde auf Vermögen von mehr als 700.000 Euro erhoben. Das betrifft ca. 160.000 Menschen. Die Steuer soll aber nur für die Jahre 2011 und 2012 gelten. Der spanische Staat erhofft sich damit zusätzliche Einnahmen von bis zu 1,08 Mrd. Euro im Jahr. Sie sollen auch zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Spanien (46%) verwendet werden. Die konservative Opposition lehnt die Pläne ab.

Auch Frankreich plant eine besondere Besteuerung hoher Einkommen.

Die hiesige Regierung will hingegen ab 2013 auf bis zu 7 Mrd. Euro verzichten.

**Soli aktuell meint:** Es ist genug mit Schwarz-Gelb!

## Nicht ewig warten

**Hochschule** In einem Urteil des Verfassungsgerichts Gelsenkirchen wurde entschieden, dass StudienbewerberInnen, die seit sechs Jahren auf die Zulassung zu einem Studium warten, diese nun erhalten müssen. Das Gericht stellt damit klar, dass die Zulassungspraxis an den Hochschulen verfassungswidrig ist.

Infos: [www.vg-gelsenkirchen.nrw.de/presse](http://www.vg-gelsenkirchen.nrw.de/presse), [www.fzs.de](http://www.fzs.de)

## Piraten gekapert?

**NPD-Vergangenheit** Der Bundesvorsitzende der Piratenpartei, **Sebastian Nerz**, hat



S. Nerz

die frühere NPD-Mitgliedschaft einiger Chef-Piraten als »Jugendsünde« bezeichnet. Nerz hatte im Oktober 2011 einräumen müssen, dass mehrere Mitglieder der Piraten früher bei der rechtsextremen Partei waren.

Nerz sagte auch, er glaube nicht, dass sich seine Partei mit der Aufnahme ehemaliger NPD-Mitglieder angreifbar mache. In der Satzung stehe schließlich, dass die Piraten »extremistische Politik ablehnen«.

**Soli aktuell schreibt:** Wohl geentert worden, was?

## Katholischer Protest

**Hochschulen** Übervolle Hörsäle, genervte Studierende: So sieht der Semesterbeginn an den Unis in diesen Tagen aus. Jetzt gibt's deswegen Krach mit der Kirche: »Die allermeisten Hochschulen sind auf die doppelten Abiturjahrgänge und das Ende der Wehrpflicht nicht ausreichend vorbereitet«, kritisiert **Ursula Fehling**, Bundesvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).

Zwar bekennt sich der BDKJ in einem aktuellen Beschluss zur Studienreform von Bologna. »Die Umsetzung des Bologna-Prozesses muss aber überdacht werden«, sagt Fehling.

Ganz wichtig: Es müsse unbedingt noch Zeit fürs Ehrenamt bleiben.

[www.bdkj.de](http://www.bdkj.de)

## Soziale Netzwerke entscheidend

**Berufswahl** Einen wachsenden Einfluss haben Internet und soziale Online-Netzwerke auf die Berufsbildung. Das ist das Ergebnis einer Eurobarometer-Spezial-Umfrage, für die im Sommer 2011 26.840 BürgerInnen aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten befragt wurden. Spezialergebnis: 43% der 15- bis 24-Jährigen sagen, dass sie sich online zu Themen der beruflichen Bildung informiert haben.

Ansonsten ist ein anderes soziales Netzwerk entscheidend: 47% der 15- bis 24-Jährigen geben an, ihre Familienangehörigen in Sachen Beruf interviewt zu haben. Und der Bildungshintergrund der Eltern ist wichtig: Fast zwei Drittel derjenigen, deren Mutter oder Vater eine Berufsausbildung gemacht haben, treten in die Fußstapfen ihrer Eltern!

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion](http://ec.europa.eu/public_opinion)

# Einbildungsrepublik Deutschland

**Kassensturz in Sachen Bildung: DGB, ver.di und GEW können die von der Regierung einst angekündigte Offensive nur verschwommen wahrnehmen.**

Uns platzen aus den Nähten, Schulgebäude fallen auseinander, Abschlüsse sind mal mehr, mal weniger vergleichbar: Nachdem die Bundesregierung im Jahr 2008 eine starke Steigerung der Bildungsausgaben in Deutschland angekündigt hatte – Stichwort »Bildungsrepublik« –, haben DGB, ver.di und GEW anlässlich der Vorstellung der von Bildungsforscher Klaus Klemm verfassten DGB-Studie »Drei Jahre nach dem Bildungsgipfel – eine Bilanz« im Oktober 2011 eine ernüchternde Rechnung aufgemacht. Ob bei den zusätzlichen Milliarden für das Bildungswesen, dem Ausbau der Krippenplätze oder dem Senken der Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss und abgeschlossene Ausbildung – die Fortschritte sind kaum messbar.

»Die Bildungsrepublik wird so zur Fata Morgana«, stellt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fest. Die Länder alleine seien mit der Finanzierung eines zukunftsfähigen Bildungswesens schlicht überfordert. Schuldenbremsen in den Haushalten würden die Lage noch verschärfen.

**Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske** sieht neben dem Kooperationsverbot (siehe Kasten)

auch die Steuerpolitik als Grund der Misere: Allein eine Vermögensteuer von nur einem Prozent würde dem Staat 20 Milliarden Euro bringen.

»Die öffentlichen Bildungsangebote müssen ausgebaut, ihre Qualität verbessert werden«, erklärt der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Es sei Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen,

endlich gemeinsam verbindlich zu regeln, dass deutlich mehr Geld aus öffentlichen Kassen in öffentliche Bildungseinrichtungen und in alle Bildungsbereiche investiert werde: um die Defizite beim Ausbau der frühkindlichen Bildung zu beheben, die soziale Öffnung der Hochschulen zu gewährleisten und eine deutlich Verbesserung der Weiterbildung zu bewirken. ▀

## Wo bleibt die Bildungsrepublik?

Von Frank Bsirske

Die proklamierte Priorität von Bildung hat durchaus positive Auswirkungen – wie den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und die Einsicht, dass besonders die frühkindliche Förderung ein Schlüssel zur Chancengleichheit ist.

Aber es bleibt noch viel zu tun. Denn die schlechten Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher stehen in auffälligem Widerspruch zur angekündigten Bildungs-offensive.

Nach wie vor existiert ein massiver Handlungsbedarf für alle Bildungsbereiche und Beschäftigungsbedingungen. Das Bildungssystem weist auf allen Ebenen strukturelle Defizite auf, die auf eine chronische Unterfinanzierung zurückzuführen sind. Studien bezif-

fern den jährlich zu finanzierenden Mehrbedarf für ein leistungsfähiges Bildungswesen auf mindestens 37 Milliarden Euro. Daher muss das Kooperationsverbot der Föderalismusreform in ein effektives Kooperationsgebot zwischen Bund, Ländern und Kommunen umgewandelt werden, um dringend notwendige Investitionen in einem verantwortlichen Gesamtkonzept zu realisieren.

Wir brauchen einen aktiven Sozialstaat, der ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem garantiert, welches die Beteiligung aller an einer lebensbegleitenden Bildung gewährleistet und niemanden aus ökonomischen, sozialen oder kulturellen Gründen benachteiligt oder ausgrenzt.

Bildung hat ihren Preis – und sie ist diesen Preis auch wert. ▀

Frank Bsirske ist ver.di-Vorsitzender.



## Ziele verfehlt

Im Oktober 2008 verkündeten Bund und Länder auf dem Dresdner Bildungsgipfel gemeinsam bildungspolitische Ziele. Was ist davon geblieben? Die wichtigsten Ergebnisse der DGB-Studie »Drei Jahre nach dem Bildungsgipfel«:

**Finanzierung:** Dem gesetzten Ziel der Steigerung der öffentlich und privat getragenen Bildungsausgaben auf 10% des Bruttoinlandsprodukts wird Deutschland nicht gerecht. Seit 2008 stieg der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 8,6 auf 8,7%.

**Krippenausbau:** Beim Ausbau der Betreuung der Unter-Dreijährigen ist Deutschland im Betreuungsjahr 2009/10 mit einem Platzangebot von 23% noch weit hinter dem für 2013 angestrebtem Ziel von 35%. Insgesamt fehlen noch 273.000 Plätze.

**Junge Menschen ohne Schulabschluss:** Die angestrebte Halbierung der Quote

von AbsolventInnen allgemein bildender Schulen ohne Hauptschulabschluss ist nicht einmal ansatzweise erkennbar. Sie liegt bei mageren 7%.

**Junge Menschen ohne Berufsabschluss:** Die gleichfalls angestrebte Halbierung der Quote junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss erwerben, ist nicht in Sicht: 2010 liegt diese Quote bei 17,2%.

**StudienanfängerInnen:** Die Zielmarke von 40% StudienanfängerInnen wurde übertroffen: 2010 nahmen 442.600 junge Menschen ein Studium auf, das waren 46% des Jahrgangs. Der Preis: Chaos an den Hochschulen. Denn die Nachfrage nach Studienplätzen wurde erheblich unterschätzt.

**Gleichstellung:** Ein Blick auf migrations-spezifische Ausprägungen zeigt ein schwer erträgliches Maß an Ungleichheit:

Während 6,5% der jungen Deutschen 2009 die Schulen ohne einen Hauptschulabschluss verließen, waren dies bei ausländischen Jugendlichen 14%.

Auch bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss findet sich dieser Chancenschonungsunterschied: Bei denen ohne Migrationshintergrund haben 12,9% keinen Berufsabschluss, bei denen mit einer Migrationsgeschichte sind es 30,7%! ▀

Die DGB-Studie »Drei Jahre nach dem Bildungsgipfel – eine Bilanz« zum Download: [www.dgb.de/-/dYw](http://www.dgb.de/-/dYw)

\*

Ab 17. November 2011 wird es unter Beteiligung der DGB-Jugend wie in den vergangenen Jahren Bildungsstreik-Aktivitäten mit Flashmobs, Demos, Besetzungen und Streiks geben. »Wir stellen uns in den Zusammenhang mit den Jugend- und Sozialprotesten weltweit sowie mit den »Global Weeks of Action«, lassen die OrganisatorInnen wissen.

Gefordert sind u. a. die Abschaffung aller Bildungsgebühren, die Übernahme nach der Ausbildung und eine gesetzliche Umlagefinanzierung. ▀

[www.bildungsstreik.net](http://www.bildungsstreik.net)



# Generation Finanzkrise

**Der ILO-Bericht über globale Beschäftigungstrends zeigt: Jugendliche sind von der Arbeitslosigkeit bedroht – und entmutigt.**

**D**ie Internationale Arbeitsorganisation (ILO) warnt in ihrem neuesten Bericht zur Lage junger Menschen, dass infolge der Krise eine ganze Generation auf der Strecke zu bleiben droht.

Den aktuellen »Employment Trends for Youth« zufolge sind Jugendliche mit einer gefährlichen Mischung von Problemen konfrontiert: hohe Arbeitslosigkeit, zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse und vor allem in den Entwicklungsländern ein zum Leben nicht ausreichendes Einkommen.

Durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist 2009 die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren weltweit um 4,5 Millionen gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Zum Vergleich: In den Jahren davor betrug der jährliche Anstieg nie mehr als 100.000. Seit dem Höhe-

punkt 2009 hat sich ein Rückgang ergeben von 75,8 auf 75,1 Millionen Ende 2010. Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 12,7 Prozent.

Die ILO-ExpertInnen führen diesen leichten Rückgang jedoch weniger auf eine Erholung am Arbeitsmarkt zurück als vielmehr darauf, dass Jugendliche die Suche nach einem Arbeitsplatz aufgegeben haben. Ein Beispiel hierfür bietet Irland, wo die Jugendarbeitslosenrate von neun Prozent vor Ausbruch der Krise 2007 auf 27,5 Prozent im Jahr 2010 stieg. Diese ohnehin schon dramatische Zahl wäre noch um bis zu 19 Prozentpunkte höher ausgefallen, wenn auch diejenigen Jugendlichen mitgerechnet worden wären, die die Krise mit einer Aus- oder Fortbildung überbrücken, die Suche aufgegeben und sich ins Private zurückgezogen haben.



Dies bedeute auch ein anhaltendes Misstrauen gegenüber dem wirtschaftlichen System, warnt die ILO. ▀

[http://bit.ly/ILO-Bericht\\_2011](http://bit.ly/ILO-Bericht_2011)

## Die Datenlage

**83** Prozent der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen an deutschen Hochschulen sind befristet beschäftigt.

**53** Prozent dieser Befristungen haben eine Laufzeit von unter einem Jahr. Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass diese Praxis in vielen Fällen ungesetzlich ist.

**30.000** Beschäftigte im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich, davon gut 16.000 ProfessorInnen, müssten die Hochschulen bis 2025 einstellen, wie die Gewerkschaft GEW berechnet hat. Sie setzt sich für eine Entfristung für WissenschaftlerInnen an Hochschulen ein. ▀

Quelle: HIS Hochschulinformations-System, GEW, Bundesarbeitsgericht

# Überarbeitet und unterbezahlt

**Für junge Leute in Mecklenburg-Vorpommern brechen angeblich goldene Zeiten an: Viel mehr Ausbildungsstellen als potenzielle Azubis soll es geben – und jetzt sogar über-tarifliche Bezahlung. Na, das ist ja mal was ganz Neues, wundert sich Jugendbildungsreferentin Anja Kreher von der DGB-Jugend Rostock.**

**Z**u Beginn des Ausbildungsjahres in diesem Herbst verkündet die Handwerkskammer Schwerin, dass die Ausbildungsvergütungen in Mecklenburg-Vorpommern erhöht werden. »Die Branchen reagieren damit auch auf den Nachwuchsmangel und machen ihre Lehrstellen attraktiver«, heißt es. Die Tarifierhöhung gehe quer durch die Gewerke. So steige die Vergütung bei den Gerüstbauern um fast 30 Prozent, im Bäckerhandwerk um 5,3 Prozent. Grund sei die »gute Konjunktur«.

**Hallo Anja – und: Gibt's zu wenig Azubis in McPomm?**

Der Ausbildungsmarkt hat sich fundamental verändert. Waren für viel zu viele Schulabgänger in den letzten Jahren die Chancen, einen der wenigen guten betrieblichen Ausbildungsplätze zu bekommen, sehr gering, dürften die nun deutlich höher sein. Grund hierfür ist vor allem die demografische, weniger die wirtschaftliche

Entwicklung. Im August gab es ca. 3.000 unbesetzte Ausbildungsstellen. Betrachten wir die genauer, so wird schnell deutlich, dass vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe erhebliche Probleme hat, seine angebotenen Ausbildungsstellen zu vergeben. Weniger problematisch – aber immer noch signifikant – ist die Situation im Einzelhandel. Für viele beliebte Berufe gibt es jedoch nur wenige Ausbildungsplätze.

**Die Handwerkskammer Schwerin nennt die Berufe Bäcker und Gerüstbauer – fallen die überhaupt ins Gewicht?**

Alle Berufe werden zwar ausgebildet. Freie Ausbildungsplätze wird man dort jedoch kaum finden. Die Anzahl der Ausbildungsstellen ist nicht riesig – und die Tarifabschlüsse machen die Berufe für potenzielle Auszubildende noch interessanter. Die IG BAU hat es geschafft, dass im Gerüstbau endlich bundeseinheitliche Tarife



Glaubt an keinen Hype: DGB-Jugendbildungsreferentin Anja Kreher

auch für Azubis gelten. Vorher bekamen diese ca. 15 Prozent weniger als ihre Kollegen in den alten Bundesländern.

Auch die Auszubildenden im Bäckerhandwerk profitieren von dem mit der NGG ausgehandelten Tarifvertrag. Seit 1. September diesen Jahres erhalten die Auszubildenden 20 Euro mehr Vergütung und liegen damit bei 95 Prozent Westtarif. Ab September nächsten Jahres werden dann alle einen bundeseinheitlichen Tarif erhalten.

**Verbessern sich die Bedingungen auch in der Hotel- und Gaststättenbranche? Der DGB-Ausbildungsreport verzeichnet dort ja eklatant schlechte Verhältnisse: miese Bezahlung und Arbeitszeiten... Wie reagiert man auf den Azubi-Mangel?**

Aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe hört man in Sachen Erhöhung der Ausbildungsqualität nichts. Aber es werden noch Auszubildende für die Berufe als Köche, Restaurant- oder Hotelfachleute gesucht. Rein quantitativ ist das Gewerbe einer der größten Ausbilder. Gerade deshalb ist es wichtig, hier eine Ausbildung unter guten Arbeitsbedingungen und mit gerechtem Lohn zu ermöglichen. Doch auch in Mecklenburg-Vorpommern sind in dieser Branche hohe Überstundenzahlen und geringe Ausbildungsvergütungen an der Tagesordnung. Viele der Auszubildenden sind überarbeitet und unterbezahlt. ▀

# Die JAV und der Arbeitsmarkt im Betrieb

**Achtung, Übernahme: Innerbetriebliche Stellenausschreibungen müssen sein – und davon können auch Auszubildende profitieren.**

**O** b und wie frei werdende Arbeitsplätze wieder neu besetzt werden, entscheidet allein der Arbeitgeber. Grundsätzlich besteht für die Arbeitgeberseite zwar keine Verpflichtung, die Beschäftigten und vor allem auch die Auszubildenden über neu zu besetzende Stellen zu informieren.

Aber Ausnahmen bestätigen die Regel: So muss der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer – z. B. wenn er als bisher Vollzeitbeschäftigter künftig nur noch auf Teilzeitbasis arbeiten will – über Teil- und Vollzeitarbeitsplätze informieren, die in Betrieb oder Unternehmen besetzt werden sollen (§ 7 Abs. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz).

**Im Rahmen der Änderung** des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, das die Leiharbeit regelt, besteht seit neuestem auch eine Informationspflicht des Entleihers über freie, zu besetzende Arbeitsplätze gegenüber LeiharbeiterInnen, die sich im Betrieb befinden.

Leider bestehen derartige Verpflichtungen nicht gegenüber Auszubildenden. Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Betriebsrat vom Arbeitgeber eine innerbetriebliche Stellenausschreibung verlangt hat.

Denn nach § 93 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) müssen frei werdende oder neu geschaffene Arbeitsplätze allgemein oder für bestimmte Arten von Tätigkeiten vor ihrer Besetzung innerbetrieblich ausgeschrieben werden. Der Gesetzgeber wollte es dem Betriebsrat im Interesse der Beschäftigten ermöglichen, den internen Arbeitsmarkt zu aktivieren – und die Besetzung von Arbeitsplätzen transparent zu gestalten.

Der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) steht ein derartiges Recht nicht zu, da sie ja lediglich ein Hilfsorgan des Betriebsrats ist. Allerdings sollte die JAV den Betriebsrat unbedingt auf das ihm zustehende Initiativrecht hinweisen, sofern dieser davon noch keinen Gebrauch gemacht hat. Denn wenn der Arbeitgeber seiner Verpflichtung nicht nachkommt, ist der Betriebsrat berechtigt, die Zustimmung zu einer beabsichtigten Personalmaßnahme des Arbeitgebers zu verweigern (vgl. § 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG). Diese Option sollte sich kein Betriebsrat entgehen lassen.

**Praxistipp:** Da der Betriebsrat im Fall der Zustimmungsverweigerung beweisen muss, dass

er eine innerbetriebliche Stellenausschreibung vom Arbeitgeber verlangt hat, empfiehlt es sich, den Arbeitgeber in jeder Amtsperiode neu aufzufordern. Es soll schon ab und an passiert sein, dass Betriebsräte eine innerbetriebliche Stellenausschreibung vor Jahrzehnten verlangt hatten – dies aber aufgrund fehlender Unterlagen aktuell nicht mehr belegen konnten.

**Sollte ein Betriebsrat** wider Erwarten von seinem Initiativrecht keinen Gebrauch machen, empfiehlt sich für die JAV folgendes Vorgehen: Sie sollte den Betriebsrat drängen, vom Arbeitgeber zu verlangen, dass zumindest alle in Betracht kommenden Auszubildenden im letzten Halbjahr der Ausbildung vom Betrieb über entsprechend frei werdende oder neu geschaffene Arbeitsplätze informiert werden. Dann ist der Betriebsratsvorsitzende verpflichtet, dies als Tagesordnungspunkt der nächsten Betriebsratsitzung festzusetzen.

Diese Verpflichtung ist in § 67 Abs. 3 Satz 1 BetrVG enthalten. Bei einer etwaigen Beschlussfassung über dieses konkrete Problem steht der JAV im Übrigen auch ein Stimmrecht zu.

**Betriebsräte**, die zu Recht eine innerbetriebliche Stellenausschreibung verlangt haben, sollten nach Möglichkeit versuchen, eine freiwillige Betriebsvereinbarung über Inhalt, Form, Frist und konkrete Ausschreibungsgestaltung abzuschließen. In der Praxis kommt es über die genannten Punkte häufig zu Streitigkeiten – denn es gibt darüber keinerlei Vorgaben des Gesetzgebers.

Bei der Dauer der Ausschreibung sollte darauf geachtet werden, dass sämtliche potenziellen Bewerber unter normalen Umständen Kenntnis von der Ausschreibung nehmen und nach einer entsprechenden Überlegungszeit eine Bewerbung einreichen können. So hat das zumindest das Bundesarbeitsgericht (BAG) gesehen: In einem von den höchsten deutschen ArbeitsrichterInnen abschließend entschiedenen Fall wurde ein Zeitraum von zwei Wochen als angemessen bewertet.

Eine Ausschreibungspflicht des Arbeitgebers besteht nach Auffassung des BAG auch dann, wenn er beabsichtigt, den Arbeitsplatz mit einem Leiharbeiter zu besetzen. Dasselbe gilt beim Einsatz von so genannten freien MitarbeiterInnen, wenn der Arbeitgeber gegenüber diesen Personen sein Weisungsrecht ausüben will. Und auch, wenn der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer z. B. für den Zeitraum der Elternzeit auf seinem bisherigen Arbeitsplatz in Teilzeit beschäftigen will oder wenn ein bisher befristet



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Rechtsanwalt  
Wolf-Dieter  
Rudolph, Berlin

tätiger Arbeitnehmer auf den Arbeitsplatz unbefristet weiterbeschäftigt werden soll.

**In allen Fällen** dient eine innerbetriebliche Stellenausschreibung – sofern rechtzeitig vorgenommen – dem Auszubildenden, wenn er Interesse an einer Übernahme hat, für die weitere Zukunft im Betrieb.

Die reine Stellenausschreibung reicht allerdings nicht aus, da die Arbeitgeberseite dadurch nicht verpflichtet wird, z. B. einen Auszubildenden auch zu übernehmen. Hier müsste – sofern nicht bereits eine Übernahmeregelung für Auszubildende existiert – eine Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber geschlossen werden, wonach frei werdende bzw. neu geschaffene Stellen vorrangig mit Auszubildenden besetzt werden müssen. Eine solche Auswahlrichtlinie im Sinne des § 95 BetrVG kann vom Betriebsrat nur erzwungen werden, sofern im Betrieb mehr als 500 ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind. Ansonsten besteht die Möglichkeit von Kopplungsgeschäften – und der Betriebsrat bietet seinerseits etwas an.

**Abschließender Hinweis:** Entsprechende Stellenausschreibungen sind natürlich auch für JAV-Mitglieder, die den aus § 78a BetrVG resultierenden Übernahmeanspruch geltend machen wollen, ein Indiz dafür, dass ein freier Arbeitsplatz zur Verfügung steht. ▀

BAG, Az.: 7 ABR 18/09

**Der Betriebsrat kann – im Interesse der Beschäftigten – Personalpolitik transparent machen.**

# Europaweiter Protest



**Hat die Occupy-Bewegung gewerkschaftliche Ziele? Soli aktuell sprach mit DGB-Jugendsekretär Olaf Groß.**

In Frankfurt befinden sich die größten deutschen Banken, die im Zentrum der europäischen Finanzkrise stehen. Dort sind auch die Proteste gegen die Macht des Finanzsektors und gegen das staatliche Schuldenmanagement am größten. Hierhin ist die US-amerikanische Bewegung der Occupy (engl. für Besetzer) geschwappt, die an der New Yorker Wall Street entstand.

\*

**Die DGB-Jugend Frankfurt mischt kräftig bei den Besetzungen und Demos der Occupy-Aktivist\*innen mit. Es wird ja immer betont, die hätten keine Ziele, nun: Ist das so? Warum wird dann protestiert?**

In der Tat sieht es so aus, als ob diese Bewegung keine Ziele hat – das stimmt aber nicht! Es gibt eine heftige Kritik am heutigen Finanzsystem. Darüber hinaus möchten die Frankfurter Occupy der Macht des Geldes, der Finanzmärkte, dem Kapital und der Politik Grenzen setzen.

**Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen Occupy Frankfurt und DGB-Jugend aus?**

Wir halten uns an den Occupy-Codex: Keine Partei- und Verbandsfahnen. Wir haben Infrastruktur bereitgestellt: Tische und Bänke, Megafone, Stoffe, Farben... Ich selbst berate bei Demo-Anmeldungen und Koordinierung.

**Wer sind die Aktivist\*innen?**

Berufstätige; Menschen, denen die Arbeit verwehrt wird. Studierende, Schüler, Rentner. Sie engagieren sich für eine bessere Zukunft und

haben unterschiedliche politische Überzeugungen.

**Wie stehen sie zu gewerkschaftlichen Positionen? Auch der DGB will schließlich den Finanzsektor bändigen...**

Das kann man mit den Menschen auf dem Camp diskutieren. Ich denke, dass unsere Positionen angenommen werden, für viele aber nicht weitreichend genug sind. Es geht darum, dass gehandelt wird – im Sinne der 99 Prozent, die für ein Prozent Reiche bezahlen. Ein geringer Teil der Bewegung findet den Kapitalismus gut, sagt aber: So geht's nicht weiter. Ein anderer Teil will die Zerschlagung der Banken. Ein größerer Teil möchte die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung des Finanzsektors und -systems.

**Wie erlebst du die Aktionen?**

Wo es keine Chefs, Vorsitzenden, Sprecher gibt – kurzum: keine Führung –, kann jeder machen, was er will. Mit sechs Menschen, deren Vornamen ich nur kenne, wurde die letzte Demo umgesetzt. Es ist ein bisschen wie bei den Streiks der Stahlarbeiter Ende der achtziger Jahre: Mal sehen, was morgen passiert.

**Hast du auch gezeltet?**

Sollte die Zerschlagung der Banken und Finanzmärkte davon abhängig sein, dass ich campe, werde ich mir umgehend eine Penntüte kaufen.

**Welche Perspektiven gewerkschaftlicher Arbeit siehst du hier?**

Hier entsteht eine neue Bewegung, ein neuer Verein oder eine Partei. Solange wir bei den jetzigen Zielen bleiben, ist das gut für die Bewegung. Aber: Wer zu allen Seiten hin offen ist, ist auch nicht ganz dicht. Allerdings ist die Bewegung entschieden gegen rechtsextremistischen Mist.

**Ist der Protest populär?**

Und wie. Der Einsatzleiter der Polizei sagte mir, dass er »Muttis mit Einkaufstüten gesehen hat, die sich – statt nach Hause zu gehen – in den Zug eingereiht haben«. Laut einer aktuellen Emnid-Umfrage äußerten 87 Prozent der Bundesbürger ihr Verständnis für die Bankenproteste.

Auf dem Camp sind auch Spanier und Italiener. Die Jugend Europas ist wütend – über prekäre Beschäftigung und mangelnde Zukunftsperspektiven. Man sollte in der Gewerkschaftsjugend darüber nachdenken, einen europaweiten Aktionstag für Jugendprotest zu koordinieren. Der 10. Dezember 2011 wäre klasse, das ist der Tag der Menschenrechte. ▀

**Infos zu den Occupyern:**

[http://de.wikipedia.org/wiki/Occupy\\_Wall\\_Street](http://de.wikipedia.org/wiki/Occupy_Wall_Street)  
[www.occupyfrankfurt.de](http://www.occupyfrankfurt.de)

## DBJR-Vollversammlung

Die Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) hat im Oktober 2011 in Ludwigshafen einen neuen Vorstand gewählt. Zum ersten Mal gibt es das Modell Doppelspitze: Vorsitzende ist Ursula Fehling (BDKJ), Vorsitzender wie zuvor Sven Frye (Die Falken). Stellvertretende Vorsitzende sind Julia Böhnke (DGB-Jugend), Hetav Tek (Deutsche Jugend in Europa), Alexander Bühler (Arbeiter-Samariter-Jugend) und Gunnar Czimizik (Verband Christlicher PfadfinderInnen).

Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Glückwunsch, Julia – und allen anderen Vorstandsmitgliedern!

Die Jugendverbände wollen ihre politische Rolle als Interessenvertretung stärker wahrnehmen. Insofern gab's deutliche Kritik an der Sichtweise der Bundesregierung in Sachen Extremismusklausel. Die DGB-Jugend hatte einen entsprechenden Beschluss in dieser Sache eingebracht. ▀

[www.dbjr.de](http://www.dbjr.de)



Der neue DBJR-Vorstand: (v.l.) Tek, Fehling, Frye, DGB-Jugend-Frau Böhnke, Czimizik und Bühler

**»Prekäre Beschäftigung, mangelnde Zukunftsperspektiven: Die Jugend Europas ist wütend!«**

Foto: Michael Schall / DBJR

# Einige Wissenslücken

**Die DGB-Jugend NRW will die Möglichkeiten internationaler Ausbildung verbessern – und startet das länderübergreifende Projekt »Working Connexions«.**

**N**eue Erfahrungen sammeln, andere Kulturen kennenlernen, Sprachkenntnisse vertiefen: Viele Jugendliche möchten eine Ausbildung – oder zumindest Teile – im Ausland absolvieren (siehe Soli 10-2011).

Von europaweit gleichen Ausbildungsstandards ist man allerdings noch weit entfernt. Da ist es gar nicht so leicht, sich international ausbilden zu lassen.

Um herauszufinden, welche Schwierigkeiten es bei Ausbildungen im europäischen Ausland gibt und wie man die Hürden beseitigen kann, haben junge GewerkschafterInnen aus Belgien (JCSC-ACV), Luxemburg (LGG), Frankreich (CFDT) und Deutschland (DGB-Jugend NRW und West) nun das Projekt »Working Connexions« gestartet.

**In einem ersten Schritt** wurden knapp tausend Auszubildende der vier Länder zu ihren Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen befragt. Auch die Verantwortlichen der Ausbildungszentren wurden kontaktiert und um ihre Meinung gebeten.

»Das Ergebnis zeigt unterschiedliche Aspekte auf, die Jugendlichen eine Ausbildung im

Ausland erschweren«, sagt DGB-Bezirksjugendsekretärin Anke Unger. So sind die bestehenden europäischen Ausbildungsprogramme und -projekte vielen Jugendlichen nicht bekannt. Andere können sich eine Ausbildung im Ausland schlichtweg nicht leisten.

Schwierigkeiten macht auch die unterschiedliche Gesetzeslage in den Ländern, die z. B. dazu führen kann, dass Zeugnisse nicht anerkannt werden. Selbst multinationale Unternehmen sind zudem oft wenig motiviert, ausländische Jugendliche einzustellen. Begründung: Dies bedeute einen organisatorischen und z. T. auch finanziellen Mehraufwand.

**Ein Beispiel:** Ein Luxemburger, der eine Ausbildung in Belgien macht, kann zwar ein Praktikum in seinem Herkunftsland machen. Dort aber hat der Vertrag des Ausbildungszentrums keinen Wert – der Praktikant muss Prüfungen in Luxemburg ablegen, um seine erworbenen Kompetenzen anerkennen zu lassen. Daher erlauben nur wenige Ausbildungszentren ihren PraktikantInnen, in ein ausländisches Unternehmen zu gehen.

Auch auf der Ebene der Ausbildungszentren selbst fehlt es nicht an Schwierigkeiten: Die Kontrolle und die Begleitung des Praktikums im Unternehmen kann nicht aufgezwungen werden, weil die Standards im Ausland nicht gültig sind. »Der Praktikumsvertrag hat keinen gesetzlichen Wert außerhalb des nationalen –



International aufgestellt:  
DGB-Bezirksjugendsekretärin Anke Unger

und manchmal regionalen – Territoriums. Der pädagogische Rahmen ist daher nicht garantiert«, sagt Unger.

**Die Gewerkschaften wollen** auch deshalb ein Treffen der europäischen Auszubildenden im April 2012 organisieren. Mit der Hilfe von ExpertInnen in den verschiedenen Bereichen können die Jugendlichen über die regionalen Lehr- und Lernbedingungen und ihre Probleme diskutieren. Das Ziel: gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, damit jede junge Europäerin und jeder junge Europäer künftig ohne größere Schwierigkeiten im europäischen Ausland ausgebildet werden kann. ▀

Infos: DGB-Jugend NRW, Anke Unger, Tel.: 0211 / 36 83 135, E-Mail: anke.unger@dgb.de

## Aktivposten

■ Weihnachtsgeschenk Umlagefinanzierung! Die **DGB-Jugend NRW** freut sich über den geplanten Ausbildungsfonds im Bereich Pflege: »Wir stehen in Nordrhein-Westfalen vor einem dramatischen Mangel an Pflegekräften. Vor diesem Hintergrund ist die geplante Rechtsverordnung, nach der ab Januar 2012 alle Pflegeeinrichtungen entsprechend ihrer Größe in einen Ausbildungsfonds einzahlen sollen, ein Schritt in die richtige Richtung.« Wer ausbildet, soll künftig die Ausbildungsvergütung vollständig aus dem Fonds erstattet bekommen.

[www.dgb-nrw.de](http://www.dgb-nrw.de)

■ Die **DGB-Jugend Hessen-Thüringen** plant eine Initiative gegen die so genannte Extremismusklausel aus dem Bundesfamilienministerium. Für die Gewerkschaftsjugend versteckt sich hinter diesem Begriff die ideologisch gefärbte Behinderung von Projekten gegen Rechtsextremismus.

[www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de](http://www.dgb-jugend-hessen-thueringen.de)

■ Die **IG BAU-Jugend** mahnt zu einem sachlicheren Umgang im Zusammenhang mit den Brandsätzen gegen das Bahnnetz. »Die Junge

IG BAU verurteilt selbstverständlich die Brandanschläge. Wer aber bei Sachbeschädigungen von linker Seite reflexartig von Terrorismus redet, verwässert den Begriff«, sagt IG BAU-Bundesjugendsekretär Christian Beck. »Irgendwann ist dann jeder Rechtsverstoß Terror.«

[www.igbau-jugend.de](http://www.igbau-jugend.de)

■ Die **GEW** begrüßt den Start des Schulmaterialkompasses der Verbraucherzentralen. Schulen seien schon zu lange mit den zahlreichen Unterrichtsmaterialien der Verbände und Lobbygruppen, die seit einiger Zeit die Einrichtungen überschwemmen, allein gelassen worden. GEW-Vizin Marianne Demmer: »Lobbyinteressen und Kommerz haben in Schulen nichts verloren!«

[www.gew.de](http://www.gew.de)

■ Die von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) geplante Reform der Sozialgesetzbücher II und III – beinhaltet eine Kürzung bei den Jugendwerkstätten. Das stößt bei der **DGB-Jugend Niedersachsen**, der ver.di Jugend, den Jusos, Grüner und Linksjugend auf scharfe Kritik. In 103 Jugendwerkstätten wer-

den landesweit über 5.000 Jugendliche, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, an die Ausbildung und das Berufsleben herangeführt. Durch die geplante Kürzung sei die erfolgreiche Arbeit der Jugendwerkstätten infrage gestellt.

**Soli aktuell fragt:** Frau von der Leyen, Sie kommen doch aus Niedersachsen. Was soll denn das?

[www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de](http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de)

■ Die **ver.di Jugend** wendet sich gegen die schleichende Aushöhlung des Rechtsstaates und tritt für einen umfassenden Datenschutz der BürgerInnen ein. »Es darf nicht sein, dass sich die Ermittlungsbehörden unlauterer Mittel bedienen und damit in die Privatsphäre der Menschen blicken«, sagt ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff mit Blick auf die neuesten Enthüllungen rund um staatliche Spyware. Bereits der Datenskandal um die Handyüberwachung in Dresden habe gezeigt, dass »die Ermittlungsbehörden gerne über die Stränge schlagen.«

[www.verdi-jugend.de](http://www.verdi-jugend.de)

**Tipp des Monats**

Sie nennen sich selbst »Böller & Brot«: Jetzt kommt der krachige Dokumentarfilm der beiden Regiefrauen Wiltrud Baier und Sigrun Köhler zum deutschen Revolutionsbahnhof »Stuttgart 21« in die Kinos. Es reden Schlichter, DemonstrantInnen und BeamtInnen. Und manchmal auch nicht: Da filmt die Kamera einen Wasserwerfer und anschließend rauscht das Bild.

Wenn Linse und Kameramann wieder trocken sind, bezieht der Innenminister Stellung – der findet das moderne Kriegsgerät erheblich schlagkräftiger als früher. »Wir arbeiten mit der Poesie und der Komik des Zufalls«, sagen die Regisseurinnen.



Foto: SWF

»Alarm am Hauptbahnhof – Auf den Straßen von Stuttgart 21«. D 2011. Regie: Wiltrud Baier/Sigrun Köhler. Kinostart: 17. November 2011

**Termin des Monats:** Staatenkrise, ESFS, Troika – wer hat noch den Durchblick? Darüber will die DGB-Jugend Erfurt mit SPD-Haushaltsprofi Carsten Schneider und Die-Linke-Ökonom Herbert Schui diskutieren.

17. November 2011. 18 Uhr. Filler – Jugendbüro der Gewerkschaftsjugend Erfurt, Schillerstraße 44, 99092 Erfurt

**Einfach mal drübertapezieren:**

Mit der Initiativseite der Falken »Nazis eine kleben« lernt man, mit brauner Propaganda umzugehen. Die Aufkleber haben schon mehrere Auflagen erlebt.



[www.nazis-einekleben.de](http://www.nazis-einekleben.de)

**Jugendhasserbuch:** Sie sind angeblich so informiert, dass sie sich für nichts wirklich interessieren. Sie kommunizieren so viel, dass niemand mehr sagt, was Sache ist, Geld haben sie auch: junge Menschen!

Autorin Meredith Haaf, 29, beschwert sich über ihre eigene Generation: »Hört endlich auf, mit Luxusproblemen zu hadern.«

**Soli aktuell fragt:** Ob das so auch wirklich stimmt?



Meredith Haaf: **Heut doch. Über eine Generation und ihre Luxusprobleme**, Piper-Verlag, München 2011, 240 S., 8,95 Euro

**Wettbewerb:** Das Deutsche Studentenwerk will HochschülerInnen auszeichnen, die sich besonders für ihre Mitstudierenden einsetzen. Es winken Preisgelder in Höhe von 13.000 Euro.

**Soli aktuell meint:** Klarer Fall für »Students at work«.

Infos: [www.studentenwerke.de](http://www.studentenwerke.de)

**Impressum**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Verantwortlich für den Inhalt:** Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:** DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172

**E-Mail:** [jkiontke@web.de](mailto:jkiontke@web.de)

**Internet:** [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:** PrintNetwork pn GmbH

**Redaktion:** Jürgen Kiontke

**Grafik:** Heiko von Schrenk

**Aboverwaltung:** Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

**Seminare**

»Step by Step«: Inwieweit können junge ArbeitnehmerInnen in Europa auf die Politik Einfluss nehmen und mitbestimmen? Durch die Beteiligung an der fünfteiligen Qualifizierungsreihe »Europa Step by Step« der IG Metall-Jugend bekommt ihr die Möglichkeit, mehr über europäische Zusammenhänge zu erfahren. Die DGB-Jugend beteiligt sich mit fünf Plätzen an dieser Qualifizierungsreihe. Achtung: Anmeldeschluss ist der 9. Dezember 2011.

Das Seminar besteht aus fünf Terminen an verschiedenen Orten. Beginn ist im Februar 2012.

**Politisch-historisches Seminar:**

Ende April 2012 fährt die DGB-Jugend nach Israel. Gemeinsam mit jungen GewerkschafterInnen vor Ort soll es darum gehen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen junger Israelis kennenzulernen. Im darauffolgenden Jahr steht der Gegenbesuch an. Achtung: Anmeldeschluss ist der 19. Dezember 2011.

25. April bis 3. Mai 2012. Israel

Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)

# soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf [http://www2.dgb-jugend.de/service/soli\\_aktuell](http://www2.dgb-jugend.de/service/soli_aktuell)

Ich möchte monatlich \_\_\_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	

DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Jugend und Jugendpolitik  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin